

Herausgeber:

**DKP Deutsche
Kommunistische Partei
im Essener Norden**

Verant.: W. Richter, Hoff-
nungsstr. 18, 45127 Essen

www.essen.dkp.de
Dkp.essen@dkp-essen.de

Druck: Eigendruck

Zeitaufnahme für den Essener Norden

Zeitung der DKP und der Bürgerliste Nord für den Stadtbezirk V



Nr. 1/ 49. Jahrgang

Juli 2022

Krankenhausescheid

Jetzt wird geklagt

Nachdem der Rat der Stadt im März erneut die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens bestritt, hatten die Vertretungsberechtigten des Bürgerentscheids zunächst versucht, in einem Eilverfahren vor Gericht die Zulassung zu erzwingen. Da Marienhospital und Vincent-Krankenhaus bereits geschlossen sind, sah das Gericht aber keine Veranlassung, dies in einem Eilverfahren zu behandeln.

Somit wurde jetzt Klage in der Hauptsache beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen eingereicht.

Die Gründe für die „Nicht-Zulässigkeit“ halten die Initiatoren des Bürgerbegehrens für politisch motiviert. Die schwarz-grüne Ratsmehrheit fürchtete wohl zurecht, dass das Anliegen des Bürgerbegehrens von weiten Teilen der EssenerInnen – nicht nur im Norden der Stadt – geteilt wird. „Wir streiten weiter dafür, dass

die Stadt Essen Verantwortung für die Gesundheitsversorgung im Essener Norden übernimmt. Dieses wichtige Gut der Daseinsversorgung dem privaten Markt zu überlassen, gefährdet unsere Gesundheit“ äußert sich Mitinitiatorin Jutta Markowski (DKP), zum Entschluss der Initiative nun auch ins Hauptsacheverfahren zu gehen.

„Leider werden wir nun in einen langandauernden Rechtsstreit gezwungen. Bür-

gerbeteiligung nach Parteigefälligkeit, wie es CDU und Grüne mit ihrer Ablehnung dokumentieren, darf nicht das letzte Wort sein.“ führt Mitinitiator Hans Peter Leymann-Kurtz aus.



Die Initiative bittet zur Finanzierung der Anwalts- und Gerichtskosten um Spenden:

Bürgerliste Nord/Kennwort
KrankenhausEntscheid,
IBAN DE 30 3606 0591 0001
1791 59, Sparda-Bank

Bei Rückfragen rufen Sie
Herrn Leymann-Kurtz unter
0171-7849605 an.

Aus dem Bezirk V + VI - kurz & knapp

Der alltägliche Wahnsinn:

Chaos wegen Lidl-Ampel

Seit mehr als einem halben Jahr ein alltägliches Bild: Stau auf der Altenessener Straße vor dem neuen Lidl Markt, weil dort eine Ampelanlage errichtet und die Fahrspuren auf je eine reduziert wurden.



Monate passierte nichts, weil angeblich keine Ampelmasten verfügbar waren. Nun kann die fertige Baustelle nicht geräumt werden, die Fahrspuren wurden zu schmal geplant! Muss nun wieder alles aufgerissen werden? Wer hat diese Peinlichkeit zu verantworten? Eigentlich schon die, die der Ampel zugestimmt haben - weil Lidl sie bezahlt.

Andernorts muss ewig um mehr Sicherheit gekämpft werden

Streik an den Uni-Kliniken

Streik für unsere Gesundheit

Seit sieben Wochen schon streiken die Beschäftigten der sechs Unikliniken in NRW, auch hier in Essen. Und zwar nicht für mehr Geld, sondern für einen „Tarifvertrag Entlastung“. Dabei geht es um mehr Personal, also um bessere Arbeitsbedingungen und eine bessere Patientenversorgung. Aber selbst nach sieben Wochen Streik gibt es noch kein sinnvolles Angebot von Arbeitgeberseite. Die beruft sich auf die Landespolitik, die am Ende das Geld zur Verfügung stellen muss. Aber obwohl vor der Wahl die neuen Regierungsparteien Grüne und CDU noch versprochen haben, dass sie die Beschäftigten bei ihrem Kampf um einen Tarifvertrag Entlastung unterstützen, wird es nun langsam still von Seiten der Politik. Das ist insbesondere deshalb zynisch, da es ja genau die

Parteien sind, die zu verantworten haben, dass im Essener Norden ersatzlos zwei Krankenhäuser geschlossen haben. Denn das verschlechterte nicht nur die Gesundheitsversorgung in Essen, sondern erhöhte auch den Arbeitsaufwand der Kolleginnen und Kolle-

gen am Uniklinikum Essen. Darum ist ihr Streik für mehr Personal auch ein Kampf gegen die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung, wie wir sie hier in Essen am eigenen Leibe erfahren. Umso wichtiger ist unsere Solidarität mit den Streikenden.



Besuch im Streikzelt:
Die Initiatoren des Bürgerbegehrens

Aus dem Inhalt

Kutegelände	S. 2
Mietsteigerungen	S. 2
Stoppt Recyclinghof	S. 3

Kutelgelände

Stadt zieht den Schwanz ein

Es sollte der ganz große Kracher werden. Neben weiteren Gebäuden sollte auf dem Kutelgelände am Palm-buschweg ein 18 und ein 12-geschossiges Gebäude errichtet werden und zukünftig Büros, Wohnungen und Geschäfte beheimaten. Anwohner aus den betroffenen Bereichen plagte schon der Schrecken, sahen sie doch den nahen Kaiserpark im Schatten der Gebäude versinken und ein völliges Verkehrschaos nahen (die Zeitaufnahme berichtete mehrfach).

So windig wie die Pläne, die von der Stadt eifrig begleitet wurden, war bzw. ist auch der Investor. Wie ne-



ben der Zeitaufnahme auch die Zeitung „Die Welt“ aufdeckte, lag die Vermutung nahe, dass mit diesem Bauvorhaben und schon mit dem Erwerb des

Grundstückes Geld des verbotenen Osmanen BC, der türkischen Nazi-Organisation „graue Wölfe“ und Gelder von Mitgliedern der türkischen Regierungspartei AKP gewaschen werden sollten.

8.400 Fahrzeuge mehr am Tag

In Ihrer Ablehnung der geplanten Bebauung hatte die DKP bereits auf die zusätzliche massive und nicht zu verkraftende zusätzliche Verkehrsbelastung hingewiesen und diese auch zu einem wesentlichen Argument in den Musterwidersprüchen, die sie gegen die

Bebauung herausgegeben hatte, gemacht. Nun ist genau dies auch der Punkt für die Stadt Essen, sich aus dem Vorhaben ohne Gesichtsverlust zu verabschieden. Doch dazu hätte es nicht des Gutachtens gebraucht, das Verkehrsproblem war mehr als offensichtlich.

Grüne und CDU schützen Mafia-Vermögen

Konsequenzen aus der Zusammenarbeit mit dem windigen Investor will die Stadt aber immer noch nicht ziehen. Vor der möglichen Geldwäsche verschließt man die Augen und legt die Hände in den Schoß.

Doch dies braucht einen nicht wundern, scheint es doch die Generallinie Schwarz-Grüner Politik zu sein. Nachdem 169 Mitglieder der kalabrischen Mafia in der Nacht zum 9. Januar 2018 in Baden-Württemberg und Italien verhaftet und hinter Gitter gebracht wurden, hätte deren Vermögen eingezogen werden müssen. In Italien ist dies erfolgt, in Baden-Württemberg, so Innenminister Strobl, wurde nicht ein Cent beschlagnahmt. Wen wundert's, war doch Mafia Boss Mario L. ein Duzfreund des damaligen Ministerpräsidenten und späteren EU-Kommissars Oettinger.

Die Mieten werden steigen

Mietspiegel wird angepasst

Nach Energiekosten, Lebensmittelpreisen sind jetzt die Mieten dran. Die bekannte ortsübliche Vergleichsmiete, die die Grundlage für Mieterhöhungen bildet, bezieht sich in Essen auf den Essener Mietspiegel. Und dieser steht zum 01.08. dieses Jahres zur Fortschreibung an.

Dem Mietspiegel zugrunde liegt die Entwicklung der Lebenshaltungskosten.

Und diese stiegen im Vergleichszeitraum um ca. 6,2 %. Dies bedeutet, dass der neue, im August zu erwartende Mietspiegel eine Steigerung von über 6 Prozent enthalten wird.

Die Folge wird sein, dass es zu drastischen Mieterhöhungen kommen wird. Schon jetzt wird in den Chefetagen der Wohnungsbaukonzerne fleißig gerechnet um wieviel die Einnahmen steigen werden.

Nicht jede Mieterhöhung rechters

Vielen Mietern werden somit in der Zeit nach der Ände-

rung des Mietspiegels Mieterhöhungen ins Haus flattern. Viele davon aber werden, wie die Erfahrung zeigt, nicht rechters sein.

Eine Überprüfung lohnt sich immer. Hilfe, auch zu anderen Mietproblemen, gibt es bei unserer Genossin Siw Mammitzsch unter mieterhilfe@dkp-essen.de oder bei der Mietergemeinschaft Essen e.V. (www.mietergemeinschaft-essen.de)

Moratorium gefordert

Die Mieten dürfen nicht weiter steigen, sagt die DKP.

Sie fordert ein Miet-Moratorium, dass heißt ein Einfrieren der Mieten auf dem heutigen Stand für die nächsten Jahre!

Energiepreisstopp

Die Rechnung zahlen wir

Die Internetseite www.german-foreign-policy.com meldete am 15.Juni, dass künftig noch weniger Gas in Deutschland ankommen würde. Neben dem Gasembargo gegen Russland ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten durch eine Explosion im US-Flüssiggasexportterminal Freeport LNG, das gut zehn Prozent des europäischen Flüssiggasimports deckt.

Für mindestens drei Monate wird der Betrieb eingestellt. Weil Gazprom Germania wegen russischer Gegen-sanktionen kein günstiges russisches Gas mehr erhält, muss Berlin ein KfW-Darlehen in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro bereitstellen, damit Gazprom Germania nicht Insolvenz anmelden muss.

Für uns alle heißt das schlicht: die Rechnung bezahlen wir. Ob steigende Energie- oder Lebensmittelpreise. Jeder Krieg führt zu massiver Umverteilung, es gibt Kriegsgewinner und -verlierer. Die "kleinen Leute", egal in welchem Land, sind immer die Verlierer, denn uns werden die gan-

zen Kosten aufgebürdet. Mit den Waffenlieferungen wird der Krieg nur in die Länge gezogen, gegen unseren Willen. Und zusätzlich machen sich die Mineralölkonzerne noch die Taschen voll – mit Extra-Gewinnen. Da traut sich unsere Regierung noch nicht einmal gegenzusteuern.

Deshalb fordert die DKP konsequent: Energiekonzerne gehören in Öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle. Es muss sofort einen Energiepreisstopp geben, die Preise müssen gesetzlich festgelegt werden. Mehr Argumente sind unter: <https://www.enegriepreisstopp-jetzt.de/> zu finden. Hier gibt es auch einen Link zur Petition – zum Unterschriften.

Widerstand bringt ersten Erfolg

Recyclinghof, nein Danke!

Da platzte vielen Anwohnern der Barkhofsiedlung, der Emscher-, Stauder-, Zollverein- und Josef-Hoeren-Straße der Kragen. Mehr oder minder in einer Nacht- und Nebelaktion wollten die Essener Entsorgungsbetriebe den Recyclinghof von der Lierfeldstraße auf das ehemalige Gelände der Fa. Olsberg an der Emscherstraße verlagern.



Dies hätte bedeutet, dass in Spitzenzeiten bis zu 2.000 Autos täglich die o.g. Straßen befahren würden, im Durchschnitt wären es täglich noch immer 1.100. Und dies in einem Bereich, in dem der Verkehr heute schon auf vielen hundert Metern zum Erliegen kommt, weil die Fahrzeuge des Autoverteilers CAT (früher Helf) und des Automobilverwerfers IST (besser bekannt unter Prison) die Straßen blockieren. Für Feuerwehr, Krankenwagen und Bus gibt es häufig kein Durchkommen mehr.

Der Widerstand formierte sich schnell. Eilends wurden hunderte Unterschriften gesamt-

melt und in einer von Herbert Bußfeld (Die Linke) und Ute Beese (DKP) eingeladenen Bürgerversammlung am 6. Mai im Katernberger Bergmannsdom machten die Betroffenen ihrem Unmut Luft.

Kungelei aller Orten

Rasch wurde in der Versammlung deutlich, dass es hier weniger um eine vernünftige Alternative zum Standort Lierfeldstraße geht, bei dem die Verkehrssituation vor allem an Wochenenden ebenfalls chaotisch ist, sondern vielmehr um handfeste wirtschaftliche Interessen, u.a. des heutigen Besitzers des Olsberg-Geländes

Prison. Dieser wäre heilfroh, wenn er das Gelände, auf dem er seit Jahren sitzt, endlich einer wirtschaftlichen Nutzung zuführen könnte. Das in diesem Zusammenhang über eine sehr enge Zusammenarbeit von Prison, EBE und dem Müllkönig Remondis spekuliert wurde, wundert nicht.

Schnell waren sich die fast 200 Teilnehmer einig. Sie forderten

- Eine Ansiedlung des Recyclinghofs im Bereich des Stadthafens
- Eine Umsiedlung der Firmen CAT und IST ebenfalls in den Bereich des Stadthafens und
- Eine Umwandlung der Mischflächen entlang der Stauder- und Zollvereinstraße in Flächen für Wohnbebauung

Erste Erfolge

Der Druck der Anwohner blieb auch in der Politik nicht ungehört. So wurde beschlossen, einen neuen Bebauungsplan für das Olsberg-Gelände aufzulegen und auch eine Veränderungssperre für zunächst 2 Jahre zu erlassen. Kurzfristig wird somit mit dem geplanten Recyclinghof nichts werden.

Kommentar

Widerstand aller Orten

In den Augen der Politik im Essener Rathaus ist die Rolle des Essener Nordens klar umrissen: Von 9 Krankenhäusern in Essen ist gerade 1 im Essener Norden, dafür sind aber 5 von 7 Recyclinghöfen hier angesiedelt. Und auch für obskure Spekulanten, wie am Palmbuschweg, findet die Stadtspitze hier einen Platz. Doch die Menschen im Essener Norden nehmen dies nicht länger hin, sie leisten Widerstand – und das mit Erfolg!



Siw Mammitzsch, Kreisvorsitzende der DKP Essen

Gegen den geplanten Recyclinghof an der Emscherstraße und die damit verbundene Zunahme des Autoverkehrs um bis zu 2.000 Autos täglich machten die Anwohner mobil und die Pläne sind vorerst vom Tisch.

Gegen die geplante Bebauung des Kuteigeländes hagelte es Proteste und Widersprüche gegen die Planung, die Stadt musste das Vorhaben einstampfen.

Für die Schaffung neuer Krankenhäuser im Essener Norden wird unentwegt weiter gestritten und die Initiative zieht vor Gericht, um den Bürgerentscheid zu erzwingen.

Die Menschen im Essener Norden und ihre Stadtteile wollen sich nicht aufs Abstellgleis schieben lassen. Sie mischen sich ein und oftmals mischt die DKP kräftig mit. Wir wehren uns und dies mit zunehmendem Erfolg.

Weiter so!

Ihre *Siw Mammitzsch*

Stadt verschleudert Grundstück an der Heßlerstraße

CDU und Grüne plündern städtisches Vermögen

Da gehört der Stadt schonmal ein Grundstück auf dem Wohnungen gebaut werden können und dann wird es unter Wert verscherbelt. Für die DKP Essen ist das ein Unding.

Dauernd wird beklagt, dass es keine Grundstücke gäbe, Bauland wäre viel zu teuer. Deswegen könnten keine Wohnungen mit Sozialbindung gebaut werden. An der Heßlerstraße standen 14.000 Quadratmeter städtisches Gelände zur Verfügung, auf denen nun 42 Einfamilienhäuser gebaut werden sollen.

Angeblich sollen diese den Stadtteil aufwerten. Dabei gibt es gerade in diesem Bereich schon in großem Maße Einfamilienhäuser (Barkhofsiedlung / Siedlung am Hegerkamp) Was wir auch dort brauchen, sind bezahlbare Wohnungen!

Der Investor erhielt das teil-

weise erschlossene Gelände zum Schnäppchenpreis von 150,00 €, der Bodenrichtwert liegt bei 250,00 €. Selbst wenn man die noch nötigen zusätzlichen Erschließungskosten in Abzug bringt, wurde das Gelände mit 80,00 € je m², also 1,12 Mio € unter Wert verkauft.

Öffentliches Eigentum wurde also verschleudert. So was gehört verboten, es ist unser Eigentum!

Die Hochrüstung stoppen – Keine Atombomber – Kein 100-Milliarden-für die Bundeswehr

Nein zum Krieg!

Die US-geführte NATO, die EU und Deutschland haben den Angriff Russlands auf die Ukraine genutzt, um ein nie dagewesenes Kriegsprogramm zu starten. Die NATO verstärkt ihre Truppenpräsenz vor Russlands Grenzen. Die EU beschließt neue Kampfgruppen unter deutscher Führung. Die BRD kauft Drohnen und Atombomber, erhöht die Rüstungsausgaben auf jährlich 80 Mrd. Euro plus einmaligem Sondervermögen von 100 Milliarden.

Es geht dabei nicht um die Ukraine und die Menschen dort, sondern um Macht. Was hier in Gang gesetzt wurde, birgt die Gefahr eines noch größeren Krieges mit Europa als atomarem Schlachtfeld. Für diesen Kriegskurs wurde seit Langem antirussische Propaganda betrieben. Wir erleben bereits Ausgrenzung und Angriffe auf russische Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Verlierer ist die Arbeiterklasse

Die Waffenlieferungen in die Ukraine verschlimmern und verlängern den Krieg. Auch die Sanktionen gegen Russland sollen nicht den Menschen in der Ukraine helfen, sie sollen Russland

„ruinieren“, so Annalena Baerbock. Sie treffen die Menschen in Russland, in Europa und in Afrika, wo neue Hungersnöte drohen.

Immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie das Tanken, Heizen und ihre Einkäufe bezahlen sollen. Zu den Gewinnern gehören - neben den Rüstungskonzernen - die Energiekartelle, besonders die US-Öl- und Gas-Industrie.

Wir sagen Nein! Wir frieren nicht für eure Kriege! Wir wollen Geld für Gesundheit, Bildung und den Personennahverkehr! Wir sind solidarisch mit den Flüchtlingen aus der Ukraine sowie mit Menschen, die antirussischen Übergriffen ausgesetzt sind.

Seit 8 Jahren Krieg

Der Krieg gegen die Ukraine hätte nicht begonnen werden dürfen und muss durch Verhandlungen umgehend beendet werden. Doch dieser Krieg hat eine lange Historie.

1990 wurde zwischen den USA, der ehemaligen Sowjetunion und der NATO eine Vereinbarung getroffen, die eine Osterweiterung der NATO kategorisch ausschloss. Jedoch rückte die NATO immer näher an die russischen Grenzen. Aus russischer Sicht stellt dies eine Bedrohung ihrer Sicherheit dar.

Der Krieg zwischen der Ukraine und der Volksrepublik Donezk tobt bereits seit 8 Jahren, in dieser Zeit hat er im Donbass 14.000 Menschen das Leben gekostet.

Seit Russland die Ukraine angegriffen hat, wird diese in den Medien zum Hort der Demokratie und Freiheit hochstilisiert. Tatsächlich aber hat die Selenskijs-Regierung sämtliche Parteien verboten, die die Politik der Regierung kritisieren oder Minderheiten vertreten - darunter die kommunistische Partei. Männer, die sich dem Kriegsdienst ent-

ziehen, werden mit 10 Jahren Gefängnis bestraft.

Wir bleiben dabei: Neben dem kapitalistischen Russland ist die NATO der Aggressor. Sie muss gestoppt werden. Wir brauchen Frieden mit Russland und China.

Die DKP fordert:

- Den Krieg stoppen! - Verhandeln jetzt!
- Gegen Hochrüstung! - Kein Sondervermögen für die Bundeswehr!
- Stopp aller Waffenexporte und Bundeswehreinräumungen!
- Keine militärische, politische und finanzielle Unterstützung des Selenskijs-Regimes!
- Rücknahme der Sanktionen gegen Russland
- Deutschland raus aus der NATO



Eintreten für den Frieden. Vor 70 Jahren wurde Philipp Müller von der Polizei an der Gruga erschossen. DKP und SDAJ ehrten sein Gedenken mit einer Mahnwache.

21. UZ-PRESSEFEST VOLKSFEST DER DKP

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

27. & 28. August 2022

Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin

Rosa-Luxemburg-Platz

pressefest.dkp.de

UZ unsere zeit

Wochenzeitung der DKP

Sonntags shoppen?

Wir sind viele und eins

Tarifrunde bei der Postbank

Automobilindustrie - wie weiter?

Flexibel und robust

Was tun gegen rechts im Betrieb?

Reichtum umverteilen

Ein Euro mehr und volle Ost-West-Angleichung

Tarifforderung für das Kfz-Handwerk

Tarifvertrag und gesunde Arbeit

Jetzt 6 Wochen die UZ Probelesen

Kostenlos.
Das Probe-Abo
endet automatisch

UZ-shop
100% UZ - 100% ROT

www.uzshop.de

**Hier gibt es
mehr zur DKP**

Internet
essen.dkp.de

Mail
dkp.essen@dkp-essen.de

Facebook dkp-essen